



# BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf Nr. 12 / 20. September 2017



CDU hält Videoaufklärung öffentlicher Plätze für unentbehrlich und will Volksbegehren

## FDP verhindert Sicherheit auf den Straßen

**Steglitz-Zehlendorf.** Die CDU-Fraktion in der BVV hält die Installation von Videokameras an bestimmten öffentlichen Plätzen für unentbehrlich. Fraktionsvorsitzender Torsten Hippe bedauerte zugleich die Ablehnung von Videoüberwachung durch die Bezirksverordnetenversammlung. „Damit sind de facto Maßnahmen für mehr Sicherheit auf unseren Straßen verhindert worden“, sagte Hippe.

Zur „Verhinderung und Aufklärung von Straftaten in der Öffentlichkeit“ hatte die Bezirks-CDU im April „alle Maßnahmen der Prävention und Aufklärung“ einschließlich Videoüberwachung gefordert. Der Antrag kam in der BVV im Juli zur Sprache, fand jedoch keine Mehrheit. FDP und die Grünen stimmten dagegen. „Die besonders von Straftaten betroffenen Orte wie Velo-Parkplätze, Bahnhöfe oder öffentliche Plätze und Gebäude in unserem Bezirk sollen ermittelt, der BVV benannt und, wenn nötig, überwacht werden“, heißt es in der Begründung des Antrages des parteilosen Verordneten Harald Mier (Mitglied der CDU-Fraktion): „Die Bürger erwarten zurecht in Bezug auf die innere Sicherheit klare Aussagen der politisch Verantwortlichen und nachhaltiges sicherheitsförderndes Handeln.“

Der CDU-Fraktionschef schloß sich der Initiative des früheren Justizsenators Thomas Heilmann für ein Volksbegehren an, das auch der frühere Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky unter-



Auch die Velo-Parkplätze am Bahnhof Zehlendorf könnten durch Videoaufklärung sicherer werden. Foto: M. A. Schmidt

stützt. Gedacht ist an Orte, die bereits zum Gegenstand der Berichterstattung über Kriminalität geworden sind, zumeist an U- und S-Bahnstationen. Dazu gehören die Umgebung des S-Bahnhofs Zehlendorf und der Hermann-Ehlers-Platz am Rathaus Steglitz. Für das Anliegen wollen die Christdemokraten im Bundestagswahlkampf auch Unterschriften sammeln.

Hippe: „Die kurzfristige Aufzeichnung von Geschehnissen durch Kameras hat in jüngster Zeit immer wieder zur Aufklärung von Verbrechen beigetragen und kann potentielle Kriminelle abschrecken.“ Wer in Berlin 2017 Videoaufklärung ablehne, könnte ebenso fordern, daß Polizisten in der Öffentlichkeit ihre Augen vor Delikten verschließen. Schließlich geht es um öffentlichen Raum, nicht um privaten Wohnraum. Gefährdete

Objekte wie etwa Fahrradabstellplätze könnten per Video erfaßt werden. Die Aufnahmen würden nach einem Monat gelöscht, falls die Polizei sie nicht auswerten will. Zugleich kann der Einsatz wissenschaftlich begleitet werden, um die Wirksamkeit der Videoaufklärung für Strafverfolgung und Kriminalitätsprävention zu untersuchen, heißt es im CDU-Begehren. Nach Ansicht von Hippe könnten Kameras an Unfallschwerpunkten auch die Sicherheit des Straßenverkehrs erhöhen.

In den vergangenen Monaten hatte es spektakuläre Fahndungserfolge auch mit Hilfe von Kameras gegeben, angefangen vom „U-Bahn-Treter“ am Hermannplatz bis zu den jungen Männern, die Feuer an einen schlafenden Obdachlosen im U-Bahnhof Schönleinstraße legten. Wissenschaftliche Erkennt-

nisse über die vorbeugende Wirkung fest installierter Kameras auf die Kriminalität und öffentliches Leben in Berlin indes gibt es bislang nicht. Experten sehen jedoch einen Abschreckungseffekt. Die BVG, die alle U-Bahnhöfe und fast jeden Bus überwacht, spricht nach Kundenbefragungen offiziell davon, daß seit der Einführung von Kameras 2006 „die Übergriffe auf Kunden und Mitarbeiter, die Vandalismuskosten und weitere Straftaten rückläufig“ seien.

Die CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters lobte das Volksbegehren von Heilmann und Buschkowsky, dessen Unterschriftensammlung voraussichtlich nächste Woche beginnt. Die CDU unterstütze die Initiative, so Grütters, weil „wir wie 80 Prozent der Berliner Bevölkerung für mehr Sicherheit auf öffentlichen Plätzen sind.“

Liebe Leser,



ein Jahr sind die Berliner Wahlen jetzt her, und wer behauptet, der Links-Senat habe etwas Gutes für Berlin in Gang gebracht, der muß auf Unglauben stoßen. Weder im Großen noch im Kleinen haben die elf Senatoren und 25 Staatssekretäre etwas vorzuweisen, das über die bürokratische Pflichtübung hinausgeht. Die Affäre um den Kurzzeitstaatssekretär Andrej Holm war nur der Auftakt einer Kette von Fehlentscheidungen, welche die Berliner teuer zu stehen kommt. Zuweilen hat man den Eindruck, der Senat verwalte nicht das Geld der Steuerzahler, sondern hätte einen unbegrenzten Etat wie zu Mauerzeiten, als die Frage nach dem Geld stets beantwortet wurde: „Das kommt aus Bonn“. Zwei Beispiele für das Versagen des Müller-Senats springen ins Auge: Schulpolitik und Innere Sicherheit.

Zum Schuljahrsbeginn kommen neue Negativ-Rekordzahlen aus der Bildungsverwaltung: Mehr als die Hälfte der neu eingestellten Grundschullehrer haben ihren Beruf nicht von der Pike auf gelernt, für alle Schularten sind es 40 Prozent. Wenn wir gute Schulbildung für unsere Kinder wollen, dann braucht es zu allererst gut ausgebildete und motivierte Lehrer. Maßgeblich von gutem Unterricht hängt es ab, ob die Kinder etwas für das Leben mitnehmen.

Beim gigantischen Sanierungsprogramm der Schulbauten verschätzt sich allein in Steglitz-Zehlendorf der Müller-Senat um 17 Millionen Euro. Statt 403 errechnet er für den Bezirk nur 386 Millionen Euro. Tatsächlich rechnen die CDU-Bildungsexperten des Bezirks bis 2012 gar mit einem Bedarf von 800 Millionen. Die fordern mit Recht einen höheren Anteil an der Berliner Schulbauoffensive als bislang vom Senat zugestanden. Dabei sind Zuständigkeiten nebensächlich. Hauptsache, es wird endlich im notwendigen Umfang investiert.

Beim Thema Innere Sicherheit sträubt sich dieser Senat gegen Videokameras an öffentlichen Plätzen, als ginge es um Aufnahmen von Privaträumen. Zurecht sagt CDU-Fraktionschef Torsten Hippe: „Die kurzfristige Aufzeichnung durch Kameras hat in jüngster Zeit immer wieder zur Aufklärung von Verbrechen beigetragen und kann potentielle Kriminelle abschrecken.“ Eine Reihe von Gewalttaten konnte jüngst auf diese Weise aufgeklärt werden. Wenn nichts passiert, werden die Aufnahmen wieder gelöscht. Meinen Sie nicht auch, daß sich in Steglitz-Zehlendorf die Menschen durch Videoaufklärung sicherer fühlten?

Ihre Meinung interessiert uns. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen einen guten Wahlsonntag.

Martinus A. Schmidt

Neue Bezirksverordnete im Kurzportrait

## Willkommen in der BVV Steglitz-Zehlendorf

Seit der Berlin-Wahl im September 2016 hat die CDU-Fraktion im Rathaus neue Mitglieder. Wir stellen sie in loser Reihenfolge vor.

### Dr. Marela Bone-Winkel

Seit September vergangenen Jahres ist Marela Bone-Winkel Bezirksverordnete der CDU. Die 51-Jährige aus Wannsee engagiert sich seit Jahren im Ortsverband und in der Frauenunion. Ihre Doktorarbeit schrieb die Immobilien-Ökonomin über „Politische Prozesse in der Strategischen Unternehmensplanung“ an der Universität Köln. Sie ist Mitglied im Kreisvorstand der CDU sowie

Delegierte der Frauenunion und Landesdelegierte ihrer Partei. Zudem sitzt die Expertin für Fluglärm im Sonderausschuß BER und ist in der Bürgerinitiative „KF Berlin“ aktiv. Als Mutter von vier Kindern nimmt sich die neue Bezirksverordnete besonders des Themas der Schulsanierungen an.



### Eva-Rebeka Holz

Die 58-jährige Sozialarbeiterin ist seit zehn Jahren in der CDU und bereits seit 15 Jahren Mitglied der Mittelstandsvereinigung Steglitz-Zehlendorf. „Über diesen Weg bin ich in die CDU eingetreten.“ Bevor sie vor einem Jahr in die BVV gewählt wurde, wirkte die zweifache Mutter bereits als Bürgerdeputierte im Haushaltsausschuß der BVV mit. Als CDU-Bezirksverordnete ist sie in den Ausschüssen Pflege, Soziales und Senioren, Frauen und Gleichstellung sowie in dem für Eingaben und Beschwerden aktiv. Zu-

dem sitzt sie im Widerspruchsberrat des Bezirks. Die begeisterte Radfahrerin und Vereinsrunderin ist Mitglied im Ortsvorstand Düppel und hält sich – wenn nicht auf dem Wasser – am liebsten im Museumsdorf auf.



In die Politik brachte sie das „Gefühl, in bestimmten Bereichen mitgestalten zu können.“ Andererseits bekennt sie: „Es geht alles langsam in der Politik.“



**CDU schätzt Kosten für erforderliche Renovierungsmaßnahmen auf 7,25 Milliarden Euro**

# Müller-Senat mit Schulsanierung überfordert

**Steglitz-Zehlendorf. Der Neubau und die Sanierung von Schulen werden nach Schätzungen von CDU-Bezirkspolitikern deutlich mehr kosten als vom Links-Senat geschätzt.**

Baunebenkosten, Kosten für unvorhergesehene Probleme oder für die Außenanlagen seien im Gebäudescan der Landesregierung überhaupt nicht berücksichtigt, meint Kreisvorsitzender Thomas Heilmann. Benötigt werde in seinem Bezirk voraussichtlich doppelt so viel Geld wie bislang angenommen. Nach CDU-Berechnungen liegt der Bedarf in ganz Berlin bei 7,25 Milliarden Euro. Der Senat will von 2017 bis 2026 rund 5,5 Milliarden investieren.

Heilmann und Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski kritisieren zudem, daß das Geld aus zu vielen unterschiedlichen Töpfen vergeben werde. Steglitz-Zehlendorf bekomme aus mehreren dieser Sonder-Töpfe wie dem für Brennpunktschulen aber gar nichts. Zudem legt der Senat nach Ansicht der CDU-Politiker den Fokus zu stark auf den Neubau, nicht aber auf die schwierige Sanierung alter Schulgebäude, von denen es in unserem Bezirk sehr viele gebe. Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski (CDU) fordert deshalb mehr Geld vom Senat. „Sonst erlebe ich die Sanierung der Schulen meines Bezirks nicht mehr“, sagte sie.

Der Gebäudescan wurde von einer Arbeitsgruppe der bezirklichen Hochbauamtsleiter entwickelt. Sie legten die Kostenkennwerte fest und ermittelten, welche Maßnahmen unbedingt durchgeführt werden müssen.

Im Bezirk werde deshalb voraussichtlich doppelt so viel Geld be-



**Denkmalgeschützt und renovierungsbedürftig: Viele der Schulbauten im Bezirk (wie hier die Süd-Grundschule) sind mehr als 100 Jahre alt und dementsprechend sanierungsbedürftig.** Fotos: M. A. Schmidt

nötigt wie bisher angenommen, sagt Heilmann. Statt 386 Millionen Euro wie im Gebäudescan berechnet, brauche Steglitz-Zehlendorf für die Sanierung seiner maroden Schulen etwa 403 Millionen Euro mehr, also 789 Millionen Euro. Dieses Problem gebe es in allen Bezirken, sagte Heilmann.

## Nur die CDU treibt Schulsanierung voran

Während der Müller-Senat noch seine richtige Aufstellung für das Sanierungsprogramm sucht, ist dieses bei der CDU zum wichtigsten Anliegen dieser Wahlperiode aufgerückt. Das gilt nicht nur für Schulstadtrat Frank Mückisch, sondern auch für die Bürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski: „Der Senat wirkt planlos und überfordert, hat er doch erst eine übergreifende GmbH für die Sanierungsprojekte vorgeschlagen und dann wieder zurückgezogen.“ Im Moment sei völlig unklar, wie sich Rot-Rot-Grün aufstellt. So verstreicht nach Ansicht der Bildungspolitikern wertvolle Zeit.

Bei der Senats-Bildungsverwaltung heißt es, daß die Kosten für bauliche Maßnahmen auf aktuellen Richtwerten basierten. Das Finanzvolumen werde sich allerdings durch die Entwicklung des Bauindex und die Konkretisierung der Planungen in den kommenden zehn Jahren ändern. Thomas Heilmann betont, daß man mit den neuen Berechnungen die Eltern aufklären und die ganze Wahrheit aufdecken wolle. Bezirksbürgermeisterin Richter-Kotowski und Kreisvorsitzender Thomas Heilmann sehen für die kommenden zehn Jahre allein zusätzlich 135 Millionen Euro für die sogenannten Baunebenkosten und 58 Millionen für „Unvorherge-

sehung- und Baustadträte mit Senatsbaudirektorin Regina Lüscher mitbrachte. Dort war es unter anderem um die Frage gegangen, welche Schulbauprojekte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übernimmt, um die Bezirke zu entlasten.

Eigentlich hatte der Senat beschlossen, daß die Behörde alle „Maßnahmen über zehn Millionen Euro“ übernimmt. Das klingt inzwischen etwas anders: Sobald ein Bezirk schon ein Projekt begonnen hat – etwa durch die Auslobung eines Wettbewerbs –, soll automatisch der Bezirk zuständig bleiben. Die Baudienststelle solle nicht gewechselt werden, bestätigte eine Behördensprecherin. Allerdings seien Amtshilfeersuchen dennoch möglich. Man wolle niemanden im Regen stehen lassen, heißt es aus der Senats-Bildungsverwaltung.

Den Berliner Schulen ging durch die Sparpolitik der vergangenen 15 Jahre etwa eine Milliarde Euro verloren. Durch die nicht erfolgte Sanierung insbesondere von Dächern entstanden Mehrkosten, da vermehrt Feuchtigkeit in die Gebäude zog. Als im Jahr 2014 die Kritik an dem maroden Zustand der Schulen immer lauter wurde, beschloß die Bildungsverwaltung mit den Bezirken eine Bestandsaufnahme, um den tatsächlichen Sanierungsstau zu ermitteln. Das Ergebnis des Gebäudescans: Auf über vier Milliarden Euro summiert sich der mehr oder weniger akute



**Gebaut und renoviert wurde bislang viel zu wenig: Der Sanierungsstau an Berliner Schulen ist auf mehr als sieben Milliarden Euro angewachsen.**

sehenes“ voraus, womit vor allem bei Altbauten zu rechnen ist. Weitere 90 Millionen Euro kalkulieren die CDU-Bezirkspolitikern für die Kostensteigerung, wenn man von drei Prozent pro Jahr ausgeht. Mit weiteren 70 Millionen Euro wird die Sanierung der Außenanlagen veranschlagt.

## Elektronik-Modernisierung sorgt für Zusatzkosten

Die unterschiedliche Kostenschätzung ist aber nicht der einzige strittige Punkt. Heilmann und Richter-Kotowski waren auch alarmiert über die Nachricht, die Bildungsstadtrat Frank Mückisch (CDU) von einem Treffen der Bil-

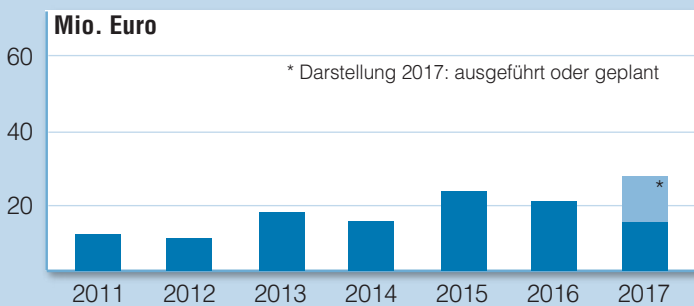
Sanierungsbedarf. Darüberhinaus muß investiert werden, um den steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden.

50 Millionen Euro kostet die elektronische Modernisierung im Bezirk – durchschnittlich 900.000 Euro pro Schule, veranschlagt der Bezirk. Insgesamt summieren sich die „befürchteten Zusatzkosten“ auf 403 Millionen Euro – damit stiege der Betrag von den bisher veranschlagten 368 Millionen Euro auf insgesamt 771 Millionen Euro. Auf alle Berliner Bezirke hochgerechnet, kommen die CDU-Kommunalpolitiker auf den genannten Gesamtbetrag von 7,25 Milliarden.

## CDU setzt Bezirksbudget zugunsten der Schulsanierung ein

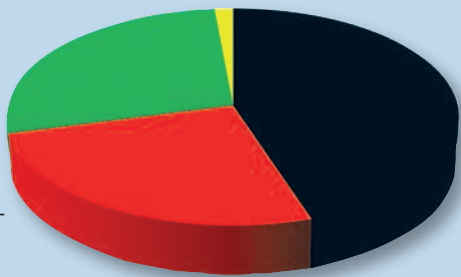
**Allein von 2011 bis 2017 wurden in Steglitz-Zehlendorf über 160 Millionen Euro verbaut**

### Investitionen des Bezirks in Schulbauten:



### Aufteilung nach Schularten

- Grundschulen
- Sekundarschulen
- Gymnasien
- besondere Schulformen und übergreifende Investitionen









**kurz und knapp**
**Parkzone am Bhf. Lichterfelde Süd**

**Lichterfelde.** Zum Schutz der Einheimischen soll am Westfalenring in Lichterfelde an Werktagen eine Parkzone nur für Anwohner eingerichtet werden. Das beschloß die Bezirksverordnetenversammlung auf Antrag der CDU-Fraktion. Das Bezirksamt wird danach gebeten, zu prüfen, ob von Montag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr zwischen Holtheimer und Ahlener Weg und Fürstenstraße bis zur Einmündung Steinmetzstraße auf diese Weise die Anwohner vor Fremdparkern geschützt werden können. Rund um den Bahnhof, so heißt es in der Begründung der CDU-Verordneten Jens Kronhagel und Bernhard Lücke, parkten in der Woche rund 100 Fahrzeuge, zumeist aus dem brandenburgischen Umland, die mit der S-Bahn weiter in die Innenstadt führen.

**X11-Bus leichter in die Sundgauer**

**Zehlendorf.** Den Fahrern der Buslinie X11 soll künftig das Einbiegen von der Berliner in die Sundgauer Straße erleichtert werden. Dazu, so lautet ein Beschluß der BVV vom 19. Juli, soll die Haltelinie an der Ampel zurückgesetzt werden. Das Bezirksamt wird ersucht, sich dafür bei den zuständigen Stellen im Interesse der Verkehrssicherheit einzusetzen.

**Neue Tafel für Partnerstadt Sderot**

**Zehlendorf.** Die Tafel mit dem Hinweis auf die israelische Partnerstadt des Bezirks, Sderot, soll nach einem BVV-Beschluß auf Antrag der CDU-Verordneten Sabine Lehmann-Brauns überarbeitet werden. Die Schrift auf dem Hinweisschild zu Sderot an der Kreuzung Potsdamer Straße und Teltower Damm war unkenntlich gemacht worden.

**60 Jahre Bogenschützendenkmal**

**Steglitz.** Für die Gedenkfeier „60 Jahre Bogenschütze“ am 21. September auf dem Friedhof an der Bergstraße erhält die Reservistenkameradschaft 06 Berlin Südwest aus Sondermitteln der BVV 1000 Euro. Das Denkmal des Bogenschützen, Symbol der Flugabwehr, soll an die Gefallenen der deutschen Flakartillerie erinnern.

**Mülleimer stören den Denkmalschutz**


Die orangefarbenen Abfallbehälter auf dem Mexikoplatz sollen wieder weg. Foto: M. A. Schmidt

**Für einen Mexikoplatz ohne stillose Objekte**

**Zehlendorf.** Der Mexikoplatz soll nach dem Willen der Bezirksverordnetenversammlung in seiner Schönheit erhalten bleiben.

Dazu wird das Bezirksamt ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die denkmalschutzwidrigen orangefarbenen Mülleimer und die Fernsprechsäulen auf dem Zehlendorfer Kleinod entfernt werden. In ihrem Beschluss vom 21. Juni fordert die BVV auf Antrag

des CDU-Verordneten Michael Mc Laughlin, die stillosen Objekte zugunsten alter oder zumindest im alten Stil gestalteter ohne Aufschriften zu entfernen. Der denkmalgeschützte Mexikoplatz, so heißt es in der Begründung des Antrags, dürfe „weder von der Post noch von landeseigenen Betrieben verunstaltet werden.“ Wie die privaten haben sie sich an die Vorschriften des Denkmalschutzes zu halten. Die aufgeführten

Gegenstände verunstalteten die Zehlendorfer Sehenswürdigkeit.

Der in seiner historischen Gestalt wiederhergestellte Platz wurde vor 30 Jahren durch den damaligen Bezirksbürgermeister Jürgen Klemann (CDU) der Öffentlichkeit übergeben. Seit dem 6. September 1987 trägt auch der S-Bahnhof Lindenthaler Allee nach dem Votum der Anwohner den Namen „Mexikoplatz“.

**Erinnerung**
**Gedenkstele für Peter Lorenz**

**Zehlendorf.**

An den 1987 verstorbenen CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz soll künftig eine Stele erinnern. Das Bezirksamt wird nach einem Beschluss der BVV vom Juli ersucht, an der Ecke Quermaten-/Ithweg eine Informationsstele aufzustellen, die Auskunft über die Entführung des damaligen Spitzenkandidaten der Berliner CDU am 27. Februar 1975 gibt. Die Stele soll nach dem BVV-Beschluss auf Antrag der CDU über die Person Peter Lorenz und den Tathergang informieren, heißt es in dem Antrag: „Ferner soll das Verbrechen in einen historischen Kontext des Linksterrorismus in der Berliner Nachkriegsgeschichte gesetzt werden, wobei neuere Erkenntnisse nicht ausgespart werden.“



Peter Lorenz wurde Opfer des RAF-Terrors. Von der „Bewegung 2. Juni“ am 27. Februar 1975 entführt, verbrachte der Spitzenkandidat für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1975 mehrere Tage als Gefangener in einem Kreuzberger Kellerverlies. Nach der Wahl am 2. März wurde Lorenz zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. 2017 sei für das Gedenken an Peter Lorenz ein besonderes Jahr, so die Begründung des Antrages. In diesem Jahr wäre er 95 Jahre alt geworden, und sein Todestag jährt sich zum 30. Mal. Foto: KAS/Slomifoto

**Volk, Demokratie und Verfassung**
**Vortrag im Kohlenkeller: „Wer ist das Volk?“**

**Zehlendorf.** „Wer ist das Volk?“ fragt Professor Dietrich Murswiek am Freitag, 10. November, um 20 Uhr im Kohlenkeller am Mexikoplatz, Sven-Hedin-Straße 5.

Professor Dietrich Murswiek will in seinem Vortrag zum Thema „Volk, Demokratie und Verfassung“ zeigen, wie umstritten manche Grundfragen der Demokratie sind. Der 69-Jährige aus Hamburg war zuletzt Staatsrechtslehrer an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Der

Eintritt zu dieser Veranstaltung kostet 9 (ermäßigt 4) Euro im Vorverkauf, an der Abendkasse einen Euro mehr. Im Eintrittspreis enthalten ist ein reichhaltiges Büfett. Der Einlaß beginnt 30 Minuten vorher.

Weitere Informationen und Anmeldung zu dem Vortrag im Internet unter [www.kohlenkeller-mexikoplatz.de/events/](http://www.kohlenkeller-mexikoplatz.de/events/) oder per E-Mail an [info@kohlenkeller-mexikoplatz.de](mailto:info@kohlenkeller-mexikoplatz.de). Weitere Informationen gibt es auch telefonisch unter ☎ 55 57 32 83.

**Breitenbachplatz ohne „Überdachung“**


Zerschneidet den Raum: Die 45 Jahre alte Autobahn über dem Breitenbachplatz soll nach dem BVV-Willen verschwinden. Foto: M. A. Schmidt

**BVV fordert Abriß der Autobahnbrücke**

**Steglitz.** Die Autobahnbrücke, die seit Anfang der 70er Jahre den Breitenbachplatz überdacht, soll nach dem Willen der Bezirksverordnetenversammlung verschwinden.

In einem am 21. Juni angenommenen Antrag der Grünen, der CDU und der Linksfaktion heißt es: „Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den entsprechenden Stellen für die Erstellung einer Machbarkeits- und Verkehrsstu-

die einzusetzen.“ Seit dem Bau der Straße über den historischen Platz habe sich die Verkehrssituation in der Stadt grundlegend verändert, so die Begründung. „Eine Rückführung der Autobahn mit Abriß der Brücke am Platz ist möglich und sollte schnellstmöglich in Angriff genommen werden.“ Dadurch könne den Anwohnern wieder ein Stück Aufenthaltsqualität zurückgegeben werden und der Platz durch weitere Begrünung verschönert werden.

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:**  
CDU Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf,  
Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin,  
Tel.: (030) 90 299-53 10,  
E-Mail: [info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de](mailto:info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de)  
**V.i.S.d.P.:** Torsten Hippe  
**Redaktion:** Martinus Araújo Schmidt

**Verlag:** Berliner Wochenblatt Verlag GmbH,  
Wilhelmstr. 139, 10963 Berlin,  
Tel.: (030) 887 277 100

**Druck:** Axel Springer SE, Druckhaus Spandau  
**Auflage:** 135.030 Exemplare

Weitere Informationen erhalten Sie auch auf [www.cdu-bvv-sz.de](http://www.cdu-bvv-sz.de)



**Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns!**

**Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe:**  
☎ 902 99 53 10, Fax- 61 10,  
E-Mail: [info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de](mailto:info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de)

**„Dreiklang“ im Gutshaus**

**Steglitz.** Zum 45jährigen Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Bad Godesberg stellen Mitglieder des dortigen Kunstvereins noch bis Sonntag, 22. Oktober, ihre Werke im Gutshaus Steglitz, Schloßstraße 48, aus. Geöffnet ist die Ausstellung von Dienstag bis Sonntag, 14 bis 19 Uhr. Der Eintritt kostet 1,50 Euro. Weitere Infos unter [www.kunstverein-badgodesberg.de](http://www.kunstverein-badgodesberg.de), ☎ 902 99 39 24.